

„Nur in Frankfurt selbst redet man über Standort-Nachteile“

Brexit-Diskussion mit Vertreter der britischen Botschaft

Nick Leake schmunzelt, als er hört, wie man sich am Main über fehlende Unterstützung für den Standort Frankfurt durch deutsche Geldinstitute ärgert. Der Hinweis, dass die Deutsche Bank sich für Berlin als Ausweichort für derzeit noch in London ansässige Banken und Finanzdienstleister ausgesprochen habe, lässt den Vertreter der britischen Botschaft in Berlin auflachen. Frankfurt mache das doch mit seinem Werben für den Standort „sehr intelligent“, lobt er. Und Kritik wie etwa die Klage, dass es in der Mainmetropole nicht genügend Wohnungen und internationale Schulen gebe, „die höre ich immer nur in Frankfurt“, nicht in London, sagt er.

Leake ist am Dienstagabend nach Frankfurt gekommen, um auf Einladung der Frankfurter Abteilung der Society for International Development und der Industrie- und Handelskammer gemeinsam mit dem hessischen Europastaatssekretär Mark Weinmeister (CDU) und IHK-Geschäftsführer Jürgen Ratzinger über den „Brexit und die Folgen“ zu diskutieren. Wobei die Gastgeber, für die Moderator Klaus Zorbach von der Society for International Development sprach, Leake zu den wirtschaftlichen Konsequenzen befragen wollten. Großbritannien ist schließlich Hessens drittgrößter Exportmarkt. Doch vor den rund 200 Besuchern in den Räumen der IHK ging es ebenso um die Frage, wie aus britischer Sicht die Zukunft der EU und Europas aussieht.

Leake wäre ein schlechter Repräsentant seines Landes, würde er sich nicht nach wie vor für den Londoner Finanzplatz einsetzen, der auch nach Einschätzung Weinmeisters ein „Gigant“ ist und „stark bleiben wird“. In London seien 650 000 Mitarbeiter in der Finanzbranche beschäftigt, in Frankfurt dagegen nur 60 000 – selbst in Edinburgh sind nach Leakes Worten mehr Menschen im Banken- und Finanzsektor tätig als in der Mainmetropole.

Dass sich die City of London der Konkurrenz stellen müsse, schade nicht. „Wettbewerb ist kein Schimpfwort.“ Eine Gefahr sieht Leake aber im Abwan-

dern der Banken in die Vereinigten Staaten, nach Hongkong und Schanghai.

„Großbritannien will eine starke, erfolgreiche EU und die europäische Zusammenarbeit“, sagte er – auch wenn sein Land nun eine Außenseiterposition einnehmen und kein Mitglied des Binnenmarktes mehr sein werde. Während Staatssekretär Weinmeister den Brexit einen „Schlag ins Kontor“ nannte und Ratzinger von einem „traurigen Erlebnis“ sprach, wiegelte der Vertreter Großbritanniens ab. Sein Land habe sich schon in der Vergangenheit weniger stark als andere den politischen Absprachen Europas verbunden gefühlt. Großbritannien gehöre nicht zum Schengen-Raum, habe nicht den Euro eingeführt. „Wir waren immer nur zu 40 Prozent Europa“, die Veränderungen durch den Brexit „werden nicht so groß wie erwartet“.

Mit Blick auf die Vereinigten Staaten sagte Leake, Großbritannien setze sich „zu hundert Prozent“ für den globalen Freihandel ein. Jetzt müsse ein Handelsabkommen mit der EU geschlossen werden, und zwar „das bestmögliche für alle Seiten“. Dass dies innerhalb der nächsten zwei Jahre erledigt sein werde, also bis zum formalen Austritt der Briten aus der EU und vor der nächsten Europawahl im Mai 2019, damit rechnete keiner der drei Diskutanten.

Für den Austritt der Briten brauche es nur eine einfache Mehrheit, doch ein neues Handelsabkommen mit Großbritannien müsse von jedem der dann noch 27 Staaten der Europäischen Union einzeln ratifiziert werden. Das koste Zeit, so Weinmeister; es könne Jahre dauern. Leake hofft auf Übergangsregelungen.

Dass es überhaupt zum Brexit kommen konnte, erklärt Leake mit dem „verlorengegangenen Selbstbewusstsein“ der EU und damit, dass sie für die Briten noch nie ein „Friedensprojekt“ gewesen sei. Er sei aber optimistisch für die Union, vorausgesetzt, es gelinge, europäische Werte wie Liberalismus, Demokratie und soziale Gerechtigkeit wieder stärker zu leben. Dass sich die Briten eines nahen Tages wieder der EU anschließen könnten, glaubt Leake nicht. *mch.*